

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 01

SPD

Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD sorgt für Mitbestimmung! Im Jahr 2000 war die SPD im Land Vorreiterin bei der innerparteilichen Mitbestimmung. Die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2001 wurde per Urwahl entschieden. Ein Novum zur damaligen Zeit. Heute ist direkte innerparteiliche Demokratie für uns selbstverständlich. Ob Koalitionsvertrag oder Landesvorsitz, künftig sicher auch Kanzlerkandidatur - dass SPD Mitglieder unmittelbar mitbestimmen, ist inzwischen ein Markenzeichen der SPD. Aber nicht allein in unseren eigenen Entscheidungen, auch in landespolitischen Themen wollen wir, dass die Frauen und Männer in Baden-Württemberg auch außerhalb von Wahlterminen gefragt werden. Und wir legen gleich los. Jetzt sind erneut die Bürgerinnen und Bürger im Land gefragt! Gleicher Zugang zu Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, muss auch in Baden-Württemberg gelten - und zwar von Anfang an. Während andere Bundesländer schon lange begriffen haben, dass es beim Bildungserfolg vor allem auf den Anfang ankommt, weigern sich Grüne und CDU bei uns im Land beharrlich, die Beitragsfreiheit für die erste -und für die Kinder am stärksten prägende Einrichtung - endlich zu schaffen. Dabei hat die Große Koalition den Ländern den Weg dahin bereitet. Der Bund gibt allein für Baden-Württemberg 718 Millionen Euro zur Investition in die Qualität der Kindergärten und Tageseinrichtungen. Das Land hat also künftig mehr als genug Mittel, um den Bildungszugang von Anfang an kostenfrei zu gestalten. Wir haben es in der Hand, das nun zusammen mit der Bevölkerung umzusetzen. Deshalb: auf geht's! 10.000 Anträge braucht es, damit wir abstimmen können. Also bitte ausfüllen und weitersagen - oder mit dem Ortsverein eine Aktion vor dem Kindergarten zum Sammeln starten. Wenn bis Ende Januar die 10.000 Anträge da sind, können wir das Volksbegehren starten. Eine gute Grundlage, um im Kommunalwahlkampf zu sammeln und zu diskutieren - und zu zeigen: die SPD ist die Bildungspartei und zugleich auch die Partei für direkte Demokratie!

Herzliche Grüße



Bürger*innenanliegen

Dieserverbot, Fahrzeugnachrüstung oder alternative Antriebe. In den letzten Wochen haben Zuschriften rund ums Fahr-verbot in Stuttgart viele Menschen beschäftigt. Aber auch das Makler-Bestellerprinzip, die Seenotrettung oder die Arbeitsbedingungen der Hebammen waren Inhalt von Bürgerschreiben. Aufregung gab es über das oft rüde Vorgehen von Inkassounternehmen. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz war ebenso von Interesse wie das Terminservice- und Versorgungsgesetz für Arztbesuche.

Volksbegehren - Gebührenfreie Kita

Der Startschuss zum Volksbegehren für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg ist gefallen. Die SPD hat am Montag auf ihrem traditionellen Jahresauftakt in Stuttgart einen detaillierten Fahrplan samt Gesetzentwurf vorgelegt. **Ab sofort sammelt die Landespartei die ersten 10.000 Unterschriften**, damit der Antrag auf das Volksbegehren wirksam wird. Wieso der SPD das Begehren so ein wichtiges Anliegen ist, kann im [Positionspapier](#) nachgelesen werden. Wer eine Unterschrift abgeben möchte, findet hier das nötige [Formblatt](#). Auf der Homepage wird auch der gesamte Vorgang für das Begehren in einem Video einfach erklärt.

100 Jahre Frauenwahlrecht

100 Jahre Frauenwahlrecht - ein Grund zum Feiern - ein Grund, die SPD zu feiern! Gefeiert wurde das auch am vergangenen Samstag im baden-württembergischen Landtag. Alles in allem ein fröhliches und informatives Fest. Eine gelungene Mischung aus Reden, Debatten und Kultur. Allerdings dauerte es dann doch eine Weile, bis auch die unbestreitbaren Verdienste der deutschen Sozialdemokratie an dieser historischen Entscheidung zur Sprache kamen. Schafften es doch sowohl die Landtagspräsidentin Muhterem Aras (MdB, Grüne) als auch die Vorsitzende des Landesfrauenrates, Charlotte Schneidewind-



Die SPD Frauen anlässlich des 100 Jahre Frauenwahlrecht-Jubiläums
Foto: Andreas Amann

Hartnagel (MdB a.D., Grüne), in freundlichen und teils kämpferischen Eingangsreden den Kampf ums Frauenwahlrecht zu feiern, ohne auch nur einmal den historischen Beitrag der SPD zu erwähnen. Der Richterin am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Doris König, blieb es vorbehalten, das Versäumte nachzuholen. Das tat sie dafür eindrucksvoll und mit wichtigen Hinweisen in die Gegenwart. Wir dürfen gespannt sein, wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Wahlrechtsänderung ausgehen wird. Dort ist nämlich eine Wahlprüfbeschwerde anhängig, die im Nachgang zur letzten Bundestagswahl eingereicht wurde. Grund ist der wieder gesunkene Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag. Zeitgleich arbeiten viele Landesparlamente und auch die SPD Bundestagsfraktion an einem [paritätischen Wahlrecht](#) (Parité-Gesetz), wie es schon in vielen Ländern, zum Beispiel auch in Frankreich, existiert.

Wer übrigens das Frauenwahlrecht nochmal mit richtig viel Sozialdemokratie feiern möchte, hat **am Samstag, 19.1.**, gleich zweimal die Gelegenheit:

- **12 - 14 Uhr:** Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ASF lädt zur Aktion auf dem Schloßplatz Stuttgart ein. Näheres zur Veranstaltung kann [hier](#) nachgelesen werden.
- **14 - 17 Uhr:** Festakt in Rastatt mit Bundesministerin Franziska Giffey, Katja Ebstein u.v.m., in der Aula des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums, Lyzeumstr. 11, 76437 Rastatt. Näheres zu den Teilnehmenden und der Veranstaltung gibt es [hier](#).

Der Jahresbeginn im Zeichen der Familie

Die Regierung bringt das „[Starke-Familien-Gesetz](#)“ auf den Weg. Dieses Gesetz soll insbesondere Familien und Alleinerziehende mit wenig Geld unterstützen. Der so genannte Kinderzuschlag wird erhöht und die Leistungen für Teilhabe und Bildung weiter verbessert. Der Kinderzuschlag wird von derzeit 170 Euro auf 185 Euro monatlich angehoben, so dass er zusammen mit dem Kindergeld das Existenzminimum abdeckt. Der Betrag für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf wird ebenfalls erhöht. Die Eigenanteile bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung und Schülerbeförderung fallen weg. Es kommt eine Regelung für gerechte kostenlose Nachhilfe. Und es sind noch weitere Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren vorgesehen; der Teilhabebetrag für Freizeitangebote in Sport, Spiel, Kultur und Nachhilfe soll erhöht werden.

Am 26. Mai 2019 ist Europawahl

„Ich bin Europäerin.“ Und, dieses Selbstverständnis teile ich mit über 700 Millionen Menschen. In der SPD setzen wir den aufkeimenden Populisten in der anstehende Europawahl, ein Europa mit mehr Leben und Inhalten entgegen. Wir wollen mehr in Europa investieren, für akute Krisen einen Stabilisierungsfond und für europaweite gute Arbeitsbedingungen eine verbindliche Sozialagenda einführen. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt unserer Forderungen. Den SPD-Beschluss zur Europawahl gibt es [hier](#).

